

Spannungen letztlich nicht verhindern. Auch der Spielraum seines Nachfolgers ist begrenzt. Die grundsätzlichen Entscheidungen über die Kirchenpolitik fallen nicht im Staatssekretariat für Kirchenfragen, sondern im Politbüro der SED, wo ZK-Sekretär *Werner Jarowsky* für die Beziehungen zu den Kirchen zuständig ist.

Der neue Staatssekretär für Kirchenfragen, der schon seit Jahren als Nachfolger von Klaus Gysi im Gespräch war, ist für die Kirchen kein Unbekannter. Kurt Löffler war von 1980 bis 1983 Sekretär des staatlichen Martin-Luther-Komitees und 1985 bis 1987 stellvertretender Vorsitzender des Komitees für die 750-Jahr-Feier Berlins. In beiden Eigenschaften hatte der Staatssekretär im Kultusministerium mit kirchlichen Stellen zu tun, die ihn als kompromißbereiten Gesprächspartner kennenlernten. Aus der Berufung Löfflers zum Staatssekretär für Kirchenfragen Rückschlüsse auf die künftige DDR-Kirchenpolitik ziehen zu wollen, wäre voreilig. Es spricht einiges dafür, daß in der DDR-Führung derzeit Auseinandersetzungen über den weiteren Weg des Landes angesichts der Entwicklung in der Sowjetunion im Gange sind. In diesem Zusammenhang wird sich auch entscheiden, ob die in den letzten Monaten dominierende harte Linie gegenüber den evangelischen Kirchen die Oberhand behält.

Im voraus

Die US-Bischöfe, Kardinal Ratzinger und AIDS

Bemerkenswert an der Behandlung des Themas AIDS auf der Vollversammlung der US-Bischöfskonferenz im Juni in Collegeville (Minnesota) ist nicht so sehr das Ergebnis: Ende des vergangenen Jahres hatte der Geschäftsführende Ausschuß der Bischöfskonferenz einen Text zu diesem Thema verabschiedet und veröffentlicht, der eine beträchtliche Kontroverse auslöste. Obwohl in der Erklärung die Verwendung von prophylak-

tischen Mitteln zur AIDS-Vermeidung wie Kondome abgelehnt wurde, sollte nach Ansicht ihrer Verfasser Information über solche Verfahren der AIDS-Prophylaxe dennoch toleriert werden, da – so die Bischöfe – eben nicht jeder so handele, wie er dies nach katholischer Auffassung an sich könnte und auch sollte. Einer engagierten Gruppe von Bischöfen ging dies jedoch entschieden zu weit.

Gelöst wurde dieser Streit nun auch auf der jüngsten Vollversammlung nicht. Auf Vorschlag des Erzbischofs von Chicago, Kardinal *Joseph Bernardin*, kam es lediglich zur Bildung einer neuen Kommission, die mit der Abfassung einer – nun jedoch von der gesamten Bischöfskonferenz zu verabschiedenden – neuen Stellungnahme zum Thema AIDS beauftragt wurde. Der Streit ist verschoben, aber der Sache nach nicht behoben.

Bedeutung erhielt dieser Tagesordnungspunkt – und zwar weit über den eigentlichen Anlaß hinaus – jedoch durch einen Brief des Präfekten der römischen Glaubenskongregation, Kardinal *Joseph Ratzinger*, an den Apostolischen Pröfuntius in den Vereinigten Staaten, Erzbischof *Pio Laghi*. Der Brief trägt das Datum des 29. Mai, wurde aber erst kurz vor der Vollversammlung der US-Bischöfe der Öffentlichkeit bekannt. Zum einen äußert sich Ratzinger in diesem Brief zur Sache, die in Collegeville zur Beratung anstand: Er zeigt sich besorgt über die Verwirrung, die die internationale Diskussion über die AIDS-Erklärung vom Herbst letzten Jahres in den USA ausgelöst habe. Ratzinger sieht in dieser Erklärung nicht nur eine „passive Tolerierung“ von abzulehnenden Methoden zur AIDS-Bekämpfung, sondern eine „Haltung, die zumindest das Tun des Bösen fördern würde“.

Darüber hinaus enthält der Brief eine Passage, die vor dem Hintergrund der Diskussion über das von der römischen Bischöfskongregation vorgelegte und den Bischöfen zur Stellungnahme vorliegende Dokument – das auch in Collegeville Gegenstand der Beratungen war – über den theologischen Ort und die Lehrautorität von Bischöfskonferenzen weltweit mit

einigem Interesse gelesen werden dürfte: Ratzinger kommt auf das „Problem“ zu sprechen, daß verschiedene Dokumente von Bischöfskonferenzen weltweite Reaktionen auslösen: „Dies erfordert ein besonderes Gespür für die Verantwortlichkeit und Vorsicht bei der Auswahl der zu behandelnden Themen und für die Art und Weise, in der diese Stellungnahmen veröffentlicht werden, ganz zu schweigen von der sorgfältigen Abfassung dieser Dokumente selbst. Wenigstens in einigen Fällen, wenn das diskutierte Thema für die Gesamtkirche von Interesse ist, ist es ratsam, *im voraus* den Heiligen Stuhl zu Rate zu ziehen.“

Diese Ausführungen, vor allem im letzten Satz auf einen konkreten Fall hin gemünzt, aber durchaus mit weltweiter Stoßrichtung, dürften ein Musterbeispiel für jene zentralisierenden und vereinheitlichenden Tendenzen in der Kirche sein, die in den letzten Jahren allenthalben festzustellen sind. Eine strikte Anwendung dieser Leitlinie würde die Bischöfskonferenzen in ihrer Freiheit beschneiden, auf dem Hintergrund konkreter Erfahrungen bestimmter Ortskirchen zu bestimmen, sich zu möglicherweise in anderen Teilen der Weltkirche ähnlich stellenden Fragen *aus eigener Verantwortung heraus* Stellung zu beziehen. Erstes „Opfer“ dieser Vorgehensweise könnte bereits die von den US-Bischöfen geplante Erklärung zum Thema Frau in Kirche und Gesellschaft werden. In Collegeville war teilweise zu hören, die US-Bischöfe sollten zunächst das von Johannes Paul II. im Juni angekündigte Schreiben über Würde und Berufung der Frau abwarten, bis sie selbst an die Erarbeitung der Schlußfassung ihres Hirten Schreibens gehen.

Wo Weltkirchlichkeit ernst genommen wird, sind unterschiedliche Bewertungen und Akzentsetzungen nicht nur unvermeidlich, sondern unverzichtbarer Ausdruck ortskirchlicher Eigenverantwortlichkeit. Die Sorge um die Einheit der Lehre, so berechtigt sie ist, kann immer nur eines von mehreren konkurrierenden Gesichtspunkten sein.